

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

7/SN-327/ME

GZ. 13 1033/1-II/14/93

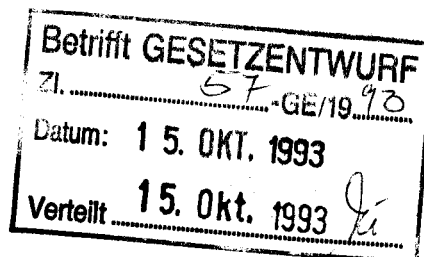
(25 Bsp)

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:
Min.Rat Dr. Hillingrathner
Telefon:
51 433 / 1276 DW

An den
Präsidenten des Nationalrates
Parlament

Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 Wien



Dr. Bauer

Betr: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebühren-
anspruchsgesetz 1975, das Bundesgesetz über den allgemein
beideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher und die Zivil-
prozeßordnung geändert werden;
Begutachtungsverfahren

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich hiemit, 25 Ausfertigungen
seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwürfen zu übermitteln.

Beilagen

8. Oktober 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 13 1033/1-II/14/93

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:
Min.Rat Dr. Hillingrathner
Telefon:
51 433 / 1276 DW

An das
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 W i e n

Betr: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebühren-
anspruchsgesetz 1975, das Bundesgesetz über den allgemein
beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher und die Zivil-
prozeßordnung geändert werden;
Begutachtungsverfahren;
z.Zl. 11.800/61-16/93

Das BMF hat gegen den im Betreff zitierten Entwurf einer Novelle zum
Gebührenanspruchsgesetz 1975 insofern grundsätzliche Bedenken, als die Mehr-
kosten mit etwa 30 Mio.S beziffert werden. Ferner fehlen nachvollziehbare Berech-
nungsgrundlagen, sodaß eine Plausibilitätsprüfung dieser Angaben nicht möglich ist.
Auf die zwingende Bestimmung des § 14 BHG und die damit im Zusammenhang
erforderlichen Fragen wird hingewiesen.

Im Hinblick auf die angespannte Budgetlage sieht sich das BMF nur unter der
Voraussetzung in der Lage, dem Gesetzesvorhaben zuzustimmen, wenn eine
budgetsaldenneutrale Lösung gefunden werden kann.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden dem Präsidium des National-
rates übermittelt.

8. Oktober 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

